



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Cemal Bozoğlu, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit einem dafür qualifizierten und geschulten Umfrageinstitut eine repräsentative Studie zu antisemitischen Vorfällen an bayerischen Schulen zu beauftragen. Ziel der Studie ist es, sowohl betroffene Schülerinnen und Schüler als auch Verursacherinnen- und Verursacherperspektiven einzubeziehen und dabei insbesondere folgende Aspekte zu erfassen:

1. Art und Häufigkeit antisemitischer Vorfälle
2. vorherrschende antisemitische Narrative
3. mögliche Ursprünge dieser Narrative (z. B. familiäres Umfeld, Mediennutzung)
4. regionale Verteilung sowie schulartspezifische Auffälligkeiten

Auf Basis der Ergebnisse sollen Schulen oder Regionen, in denen gehäuft antisemitische Vorfälle oder Narrative auftreten, gezielt und individuell unterstützt werden, um Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen auch in Bezug auf die Befragung von Schülerinnen und Schülern müssen bei der Auswahl und der Expertise des Umfrageinstituts berücksichtigt werden.

Begründung:

Antisemitismus und die Verwendung antisemitischer Narrative sind im Öffentlichen Diskurs in den vergangenen Jahren wieder deutlich präsenter geworden. Auch die Fälle antisemitischer Straf- und Gewalttaten steigen. Antisemitismus ist weiterhin ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem, das politisch entschieden bekämpft werden muss. Antisemitismus prägt auch den schulischen Alltag und viele jüdische Schülerinnen und Schüler leiden darunter.

Bisher fehlt jedoch eine valide Datengrundlage, die Aufschluss darüber gibt, wo diese Narrative besonders verbreitet sind, in welchen Schularten oder Regionen antisemitische Vorfälle gehäuft auftreten und welche Hintergründe – etwa familiäre Prägung oder mediale Einflüsse – dabei eine Rolle spielen. Gerade junge Menschen sind anfällig für Verhetzung, aber sie haben noch kein geschlossenes Weltbild, sie sind viel zugänglicher für Aufklärung. Daher lohnt sich die Erhebung dieser Datengrundlage und gezielte Maßnahmen dort, wo die Probleme auftreten.

Schulen sind personell und strukturell nicht in der Lage, diese Informationen systematisch zu erheben. Auch die eingesetzten Regionalbeauftragten für Demokratie und

Toleranz konnten bislang keine erkennbaren Verbesserungen der Situation erzielen. Darüber hinaus mangelt es an einer transparenten Erfassung strafrechtlich relevanter Vorfälle im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums, was eine gezielte Reaktion zusätzlich erschwert.

Vor dem Hintergrund des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel und des seither erneut aufgeflammten Nahostkonflikts zeigt sich, dass antisemitische Einstellungen und Übergriffe auch in Bayern weiter zunehmen. Es ist Aufgabe der Staatsregierung, dafür zu sorgen, dass jüdische Menschen – insbesondere Kinder und Jugendliche – in Bayern sicher und ohne Angst leben können. Niemand sollte das Gefühl haben müssen, im eigenen Land auf gepackten Koffern zu sitzen.

Die derzeitigen Maßnahmen der Staatsregierung im Bereich der Antisemitismusprävention, explizit für den schulischen Bereich, reichen nicht aus, weil sie nicht auf konkrete Bedarfe vor Ort eingehen. Nur durch eine fundierte, schulortspezifische Analyse antisemitischer Vorfälle können zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen entwickelt und die Situation an den Schulen wirksam verbessert werden.